

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636-110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Pflegereform: Paritätischer Wohlfahrtsverband kritisiert Pläne der Bundesregierung

Als absolut unzureichend kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband die Ende März 2012 im Bundeskabinett beschlossene Pflegereform. Die angekündigten punktuellen Verbesserungen könnten eine nachhaltige Strukturreform nicht ersetzen. Der Verband fordert die zügige Umsetzung des bereits seit 2009 vorliegenden neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Menschenwürde verleihe kein Stückwerk. Um auch in Zukunft eine würdige Pflege für alle Menschen sicherzustellen, dürfe die Politik nicht länger Zeit mit Schönheitsreparaturen und Mini-Reformen vergeuden, so Dr. Eberhard Jüttner, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes. Kein Weg führe an der Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs vorbei, der den tatsächlichen Hilfe- und Unterstützungsbedarf realitätsgerecht abbildet. Gleichzeitig müsse die Pflegefinanzierung auf eine solide Grundlage gestellt werden. »Wir brauchen endlich die Pflegereform aus einem Guss, die uns diese Koalition vor zwei Jahren versprochen hat. Wer ein Haus bauen will, kann nicht mit dem Balkon anfangen, nur weil er für den Rest das Geld noch nicht zusammen hat«, so Jüttner. Neben der sofortigen Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs fordert der Paritätische den solidarischen Ausbau der bestehenden Pflegeversicherung zu einer sozialen Bürgerversicherung sowie veränderte Rahmenbedingungen mit dem Ziel, den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten.

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Modellkreis Wesel erprobt das Persönliche Budget

Nach Kiel und Erfurt unterstützt das Kompetenzzentrum Persönliches Budget nun auch den Modellkreis Wesel bei der Umsetzung dieser Leistungsform für Menschen mit einer Behinderung. Ziel des Vorhabens »Modellkreis Wesel« ist es, regionale Lösungen für eine vereinfachte und stärkere Nutzung des Persönlichen Budgets zu finden. Der »Modellkreis Wesel« wird getragen von der Kreisgruppe Wesel des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Nordrhein-Westfalen, dem Landkreis Wesel und dem Landschaftsverband Rheinland als Projektpartner in der Region sowie dem Kompetenzzentrum Persönliches Budget des Paritätischen. Die Website des Kompetenzzentrums Persönliches Budget vermittelt umfangreiche und aktuelle Informationen zu dem Vorhaben. <http://www.budget.paritaet.org>

Ulrich Schneider erhält Regine-Hildebrandt-Preis



Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, Dr. Ulrich Schneider, bekommt den diesjährigen Regine-Hildebrandt-Preis. In seinen Auftritten habe Schneider den Wohlfahrtsverband »zum Sprachrohr der von Arbeitslosigkeit und Armut Betroffenen gemacht«, begründete die Stiftung Solidarität ihre Entscheidung.

Die Armutsberichte seines Verbands seien »zum Gradmesser des sozialen Bestandes« in Deutschland geworden. Der Preis ist mit 20.000 Euro dotiert. Er wird am 4. Mai 2012 in Bielefeld verliehen. Die Auszeichnung, benannt nach der früheren brandenburgischen Sozialministerin Regine Hildebrandt (1941–2001), vergibt die Stiftung Solidarität seit 1997. Frühere Preisträger sind die Politiker Heiner Geißler (CDU) und Hans-Jochen Vogel (SPD). Internet <http://www.stiftung-solidaritaet.de>

Diakonie startet Onlineportal zu sozialen Berufen

Mit »Soziale Berufe kann nicht jeder« startete der Diakonie Bundesverband im Dezember letzten Jahres ein neues interaktives Internet-Angebot zu sozialen und pflegerischen Berufen. Auf der Website informiert der Verband junge Menschen über Ausbildungen, Studiengänge und Berufe. Der Diakonie Bundesverband reagiert damit auf Prognosen zum drohenden Fachkräftemangel. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes werden bis zum Jahr 2025 rund 152.000 Mitarbeitende in Pflegeberufen fehlen. In der Pädagogik wird es Studien zufolge bis zum Jahr 2019 rund 78.500 Erzieher zu wenig geben. Rund 20 Berufe und Studiengänge werden auf dem Portal vorgestellt. Zu jedem Beruf gibt es eine Videoreportage sowie einen Textbeitrag, in denen Auszubildende und Studierende über ihre Motivation und ihren Ausbildungsalltag erzählen. In einem Berufsfindungs-Selbsttest können die jungen Menschen prüfen, ob der jeweilige Beruf zu ihren Wünschen und Fähigkeiten passt. Das Berufsorientierungsportal ist Teil einer Online-Kampagne der Diakonie gegen den Nachwuchsmangel in den sozialen und pflegerischen Berufen. Auch bei Facebook, Twitter und in einem eigenen Blog können sich Jugendliche über Aus-

bildungen und Berufe in der Diakonie informieren.

Internet <http://www.soziale-berufe.com>

Internet <http://www.facebook.com/SozialeBerufe>

Internet <http://www.twitter.com/SozialeBerufe>

Internet <http://blog.soziale-berufe.com>

Nationalsozialismus: Psychiater machen Ernst

Die Ehrenmitgliedschaft der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN) und ihrer Vorläuferorganisationen wurde in der letzten Mitgliederversammlung den Professoren Dr. Friedrich Mauz (1900–1979) und Dr. Friedrich Panse (1899–1973) aberkannt. Die beiden Ärzte haben nach dem Beschluss der Mitgliederversammlung nicht nur die sogenannte Erbgesundheitspolitik des nationalsozialistischen Regimes in der Zeit zwischen 1933 und 1945 ohne Vorbehalt und mit Nachdruck unterstützt. Sie stellten sich darüber hinaus ab 1940 als Gutachter in den Dienst der »Aktion T4« und trugen auf diese Weise aktiv zur Selektion der Opfer des Massenmordes an psychisch kranken und geistig behinderten Menschen bei. Die »Aktion T4« bezeichnet die systematische Ermordung von mehr als 70.000 Psychiatrie-Patienten und behinderten Menschen durch SS-Ärzte und Pflegekräfte von 1940 bis 1941. Das Kürzel bezieht sich auf die Adresse der Berliner Bürozentrale, eine Villa in der Tiergartenstraße 4, in der diese Aktion geplant worden war. Aus heutiger Perspektive muss die »Euthanasie« als Gruppemord (Genozid) eingestuft werden, also als die mit voller Absicht ins Werk gesetzte, planmäßig durchgeführte, tendenziell vollständige Vernichtung einer von den Tätern definierten Gruppe von Menschen. Neben Mauz und Panse haben nach der Beschlussvorlage viele weitere Psychiater in der damaligen Zeit schweres Unrecht begangen. Es sei Aufgabe der DGPPN, insbesondere auch die Handlungen früherer Ehrenmitglieder und Präsidenten wie des Verbandes selbst weiter wissenschaftlich zu erforschen, zu veröffentlichen und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Dies geschieht derzeit mit Hilfe der »Kommission zur Aufarbeitung

1. Beschreibung	Die Teamarbeit betrifft alle Tätigkeiten, die zum Betreiben der Jugendfreizeiteinrichtung notwendig sind. Sie dient der Planung und Weiterentwicklung des gemeinsamen pädagogischen Handelns.
2. Zielgruppe	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ggf. Honorarkräfte und Ehrenamtliche
3. Ziel(e)	<ul style="list-style-type: none"> • Das gleichberechtigte Einbringen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichert eine produktive Arbeitsatmosphäre, stärkt die Motivation und Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. • Die Konzeption der Einrichtung ist optimal auf die Fähigkeiten und Ressourcen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, entsprechend den konzeptionellen Anforderungen, abgestimmt. • Die Teamarbeit fördert die Weiterentwicklung der Mitarbeiterinnen und der Mitarbeiter. • Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein abgestimmt handelndes Team.
4. Qualitätskriterien	<ul style="list-style-type: none"> • Fachliche Kompetenzen zur Arbeitsbewältigung und Kooperation sind vorhanden, • Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten ergebnisorientiert zusammen. • Die unterschiedlichen Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bekannt und werden genutzt. • Die fachlichen Grenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bekannt. • Es wird darauf geachtet, dass Aufgabenverteilung und Koordination von allen akzeptiert werden. • Zeit und Mittel zur Teamreflexion, Teambesprechung, Supervision und Fortbildung sind vorhanden. • Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten sachorientiert, anerkennend und wertschätzend zusammen.

Die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft hat das »Handbuch Qualitätsmanagement der Berliner Jugendfreizeitstätten« neu aufgelegt. In den über 400 Berliner Einrichtungen dient das Handbuch als Instrument der Selbstevaluierung und der Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Anhand von Tabellen können beispielsweise die »Kernprozesse« der täglichen Arbeit überprüft werden, wie das obige Beispiel zur Teamarbeit zeigt. Der Anhang bietet zahlreiche nützliche Arbeitshilfen für die Praxis. Das 181 Seiten umfassende Handbuch ist im Internet kostenlos verfügbar.

Internet http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-jugend/bildung_in_der_freizeit/qm_handbuch.pdf

der Geschichte der DGPPN« unter Leitung von Prof. Dr. Volker Roelcke aus Gießen. Die vollständige sechsstufige Beschlussvorlage mit den historischen Hintergründen steht im Internet zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung.

Internet http://www.dgppn.de/fileadmin/user_upload/_medien/dokumente/mitgliederversammlungen/mv2011/2011-11-24-beschluss-ehrenmitgliedschaften.pdf

»Pfandtästisch« helfen

Eine neue Spendenidee wird derzeit in den Supermärkten von REWE und Edeka erprobt. Kunden, die dort ihre Flaschen und Dosen zurückgeben, können ihren Pfandbon gemeinnützigen Organisationen spenden. Die Pfandbons werden einfach in die hierfür vorgesehenen Pfandboxen geworfen. Mit den Erträgen aus den Pfandbons werden unter anderem Einrichtungen wie die Berliner Tafeln oder pro familia unter-

stützt. Weitere soziale Organisationen können sich online um die Aufnahme in die Spendenliste bewerben. Die Idee zu dieser Art von Spendenakquise stammt von dem Berliner Verein Sozialhelden e. V. (www.sozialhelden.de).

Internet <http://www.pfandtaetisch-helfen.de>

Studium der Sozialarbeit nicht besonders profitabel

Bei Männern am Ende, bei den Frauen im Mittelfeld: Mit dem Studium der Sozialarbeit sind finanziell keine großen Sprünge zu machen. Dieser Schluss lässt sich ziehen aus einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung über die Verdienstmöglichkeiten einer Vielzahl von Studien- und Ausbildungsfächern. Die höchsten Stundenlöhne werden in den klassischen Universitätsfächern Medizin, Betriebswirtschaftslehre und Jura erzielt. Aber auch in einigen Fächern der beruflichen Ausbildung, vorwiegend im kaufmännischen Bereich.

Themenhefte der Blätter der Wohlfahrtspflege

Kindertagesstätten

Betreuung, Bildung, Erziehung – die Qualität und ihr Preis

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2008

Jugendsozialarbeit

Der Auftrag ist die persönliche, soziale und berufliche Förderung junger Menschen – Das Ziel ist Gesellschaftsfähigkeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2008

Wohlfahrtsverbände

Produktionsauftrag: zivilgesellschaftlicher Mehrwert

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2008

Islam

Kritische Kooperation erwünscht: Muslimische Vereine als Partner in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2008

Pflegeversicherung

Fünf Fragen an die Pflege der Zukunft: Who cares? Wie Unterstützung und Kooperation gestalten? Wie Teilhabe sichern? Wie finanzieren? Was macht gute Pflege aus?

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2008

Corporate Citizenship

Gute Geschäfte: Die Renaissance unternehmerischen Engagements
Kooperationen sind Tauschgeschäfte: Wie man Unternehmen als Partner gewinnt
Pflegeversicherung

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2008

Aspekte kommunaler Versorgung

Die Zukunft der Kommune: weniger, älter, bunter

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2009

Forschung

Wissen generieren für die Theorie und für die Praxis Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2009

Verbraucherschutz

Vom Klienten zum Kunden – Konsequenzen für soziale Dienste und Einrichtungen

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2009

Recht

Fachkräfte Sozialer Arbeit als Experten für soziales Recht

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2009

Rechtsextremismus

Freie Wohlfahrtspflege gegen pädagogische und soziale Bestrebungen rechtsextremer Organisationen

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2009

Gesundheitsschutz

Befähigung zur Gestaltung gesunder Lebenswelten

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2009

Ethik

Soziale Gerechtigkeit als Grundlage der Profession Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2010

Armutsberichterstattung

Was mit dem ersten Armutsbericht von 1989 angestoßen wurde – und was immer noch nicht erreicht ist

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2010

Beschäftigungsförderung

Das Arbeitsleben mit Lebensarbeit verbinden und Verwirklichungschancen mehren

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2010

Zentren und Netze der Kompetenz

»Nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten«

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2010

Familienförderung und Kinderschutz

Die Förderung menschlicher Beziehungen als Aufgabe von Wohlfahrt

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2010

Corporate Governance

Soziale Dienste und Einrichtungen gut und richtig führen

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2010

Care

Sorge mit Aussicht – der private Haushalt und die Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2011

Soziale Daseinsvorsorge

Kommunen zwischen Haushaltskonsolidierung und ihren Aufgaben als Koordinator lokaler Arrangements

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2011

Generalisierung vs. Spezialisierung

Die soziale Profession braucht Einheit in Vielfalt

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Quartiersmanagement

Partizipation als Gewinn für alle

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Innovationen

Zwischen Reformstau und Reformmüdigkeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2011

Neuer Wohlfahrtsmix

So viel Nachbarschaft wie möglich, so viel professionelle Hilfe wie nötig

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2011

Person – Milieu – Sozialraum

Das Quartier als Milieu der Dienste und des Engagements

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2012

Versorgung gestalten

Vom Zusammenwirken von Professionen, Diensten und Nutzern

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2012

Der Jahresbezugspreis beträgt 74,- Euro (für Studierende und arbeitslose Bezieher auf jährlichen Nachweis 37,- Euro). Die Einzelhefte können zum Preis von 16,- Euro zuzüglich Versandkosten und Mehrwertsteuer bezogen werden.

Nomos Verlagsgesellschaft,
Postfach 10 03 10, 76484 Baden-Baden,
Telefon 07221 2104-0, Fax 07221 2104-27,

E-Mail Nomos@nomos.de,

Internet <http://www.nomos.de>

nischen Bereich, können Abiturienten einen Lohn erwarten, der über dem Durchschnittslohn von Personen mit Abitur insgesamt liegt. Im Zeitvergleich stellte die Studie fest, dass die Einkommensungleichheit seit der Jahrtausendwende deutlich zugenommen hat und dass junge Erwachsene häufiger im Niedriglohnssektor arbeiten. Den Aufstieg aus diesem Segment schafft nur etwa jeder Zweite. Eine siebenseitige Zusammenfassung der Untersuchung »Uni, Fachhochschule oder Ausbildung – welche Fächer bringen die höchsten Löhne?« von Daniela Glocker und Johanna Storck ist auf der Website des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung kostenlos zugänglich.

Internet http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.395793.de

Psychiatrische Krankenhäuser beraten lückenhaft

Psychisch kranke Menschen, die eine stationäre Behandlung suchen, erhalten von den Krankenhäusern viel zu lückenhafte Informationen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage der Bundespsychotherapeutenkammer, die an psychiatrischen und psychosomatischen Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurde. In fast 90 Prozent der Krankenhäuser bekamen die Testanrufer, die Angaben, sich für einen depressiv erkrankten Angehörigen zu erkundigen, keine konkreten Beschreibungen eines Behandlungskonzepts oder typischen Therapieplans. Typische Antworten waren vielmehr »Auf Station gibt es einen regelmäßigen Tagesablauf« oder »Die Therapie ist multimodal und individuell zugeschnitten.« Auf Nachfragen gaben zumindest ein Teil der Kliniken genauere Auskunft über Art und Umfang der medikamentösen Therapie oder Psychotherapie. Grundlage der Umfrage ist eine Checkliste der Bundespsychotherapeutenkammer für psychiatrische und psychosomatische Krankenhäuser. Die Checkliste steht im Internet zum Herunterladen zur Verfügung.

Internet http://www.bptk.de/uploads/media/20111118_BPtK-2011_Checkliste_stationaere_Versorgung_2.0.pdf

Basiswissen über Recht und über Psychopharmaka

Der Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener hat eine 18-seitige Broschüre mit dem Titel »Basiswissen Psychiatrie-Recht« zusammengestellt. Ein Thema darin ist auch die Patientenverfügung sowie das Psychiatrische Testament. Eine weitere 21-seitige Broschüre »Basiswissen Psychopharmaka« gibt detaillierte und allgemeinverständliche Informationen über die verschiedenen Medikamente und ihre (Neben-) Wirkungen. Gezeigt werden soll auch, »wie man von Psychopharmaka herunterkommt«. Beide Schriften richten sich vorwiegend an psychiatrienerfahrene Menschen und ihre Angehörigen und sind kostenlos im Internet erhältlich.

Internet http://www.lpen-online.de/pdf/basiswissen%20_recht.pdf

Internet http://www.lpen-online.de/pdf/basiswissen_psychopharmaka2.pdf

Internes Handbuch zu Hartz-Gerichtsverfahren verfügbar



Wegen der weiterhin hohen Zahl an Hartz IV Verfahren (Widersprüche und Klagen) und den teilweise hohen Bearbeitungsrückständen in den Jobcentern hat die Bundesagentur für Arbeit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein internes Praxishandbuch zur Verfügung gestellt. Die Arbeitshilfe mit dem vollständigen Titel »Der Rechtsschutz im SGB II. Praxishandbuch für das Verfahren nach dem Sozialgerichtsgesetz« enthält verfahrenstechnische Hinweise zum Widerspruchs- und Klageverfahren. Durch die umfassende und systematische Zusammenstellung sind diese Informationen interessant auch für Einrichtungen und Stellen, die Betroffene beraten. Das 92-seitige Praxishandbuch kann auf der Webseite von Harald Thomé, Referent für Arbeitslosen- und Sozialhilferecht, im Internet kostenlos eingesehen werden. Die entsprechende

Dienstanweisung ist auf der Webseite der Bundesagentur für Arbeit einsehbar. Internet <http://www.harald-thome.de/media/files/Praxishandbuch-Sozialgerichtsgesetz.pdf> (Praxishandbuch) Internet http://www.arbeitsagentur.de/n_166486/zentraler-Content/HEGA-Internet/A07-Geldleistung/Dokument/HEGA-08-2011-VG-Rechtsschutz-5a.html (Dienstanweisung)

Informationspapier zum Arbeitsrecht der Evangelischen Kirche und Diakonie

Das Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland hat ein 15-seitiges Informationspapier zu »Fragen und Antworten zum Arbeitsrecht der evangelischen Kirche und ihrer Diakonie« erarbeitet. Diese Stellungnahme informiert in komprimierter Form über die Arbeitsbedingungen und die rechtliche Situation und Stellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Kirche und Diakonie. In der Evangelischen Kirche in Deutschland und deren Gliedkirchen arbeiten rund 700.000 Menschen. Davon sind 220.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kirchengemeinden, den Kirchenkreisen und Dekanaten und in den Landeskirchen tätig.

Internet http://www.evka.de/interner-service/intern/get_file.php?id=4888

Arbeitshilfe zur Vergütung im freiwilligen Engagement

Aufwandsentschädigungen und Vergütungen im freiwilligen Engagement betreffen steuer- und sozialversicherungsrechtliche, tarifliche beziehungsweise arbeitsrechtliche Fragen. Organisationen, die Ehrenamtliche und Freiwillige engagieren, müssen diese Fragen prüfen und beantworten. Eine Hilfestellung dabei bietet die Arbeitshilfe »Geld und Ehre? Aufwandsentschädigungen und Vergütungen im Freiwilligen Engagement«, die das Diakonische Werk Württemberg herausgegeben hat. Die Arbeitshilfe konzentriert sich auf das Engagement von Freiwilligen im praktischen Handeln. Die ehrenamtliche Tätigkeit in Vorstands- und Aufsichtsgremien, die unter anderem von satzungsmäßigen Regelungen bestimmt wird, steht nicht im Fokus, auch wenn viele der Regelungen hier in ähnlicher Weise gelten. Die Broschüre kann als

PDF-Datei kostenlos heruntergeladen werden.

Internet http://www.diakonie-wuerttemberg.de/fileadmin/Medien/pdf/Arbeitshilfe_Ehrenamt.pdf

Avantgarde-Küche im Pflegeheim



Kulinarisches Neuland betritt das Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg mit dem Ansatz, die Avantgarde-Küche des katalanischen Sternekochs Ferran Adrià für die Verpflegung alter Menschen zu nutzen. Bei dem Projekt OptiMahl, an dem auch HamppTexturas und Culinaris Catering beteiligt sind, werden Lebensmittel so in ihrer Konsistenz verändert, dass sie von Menschen mit Kau- oder Schluckbeschwerden, Demenz oder Parkinson problemlos gegessen werden können. Durch spezielle Texturgeber entstehen dabei ganz neue, oft kreative Formen wie Schäume, Geleehüllen oder cremige Pürees. Seit Sommer letzten Jahres wird die Avantgarde-Küche in einigen Pflegeheimen des Wohlfahrtswerks eingesetzt. Ausgangspunkt für die neue Art des Kochens war, dass viele Menschen im Pflegeheim unter Appetitlosigkeit leiden und zu wenig Nahrung zu sich nehmen. Dafür gibt es Gründe wie die nachlassende Geschmacksempfindung im Alter oder Schluckbeschwerden, wie sie zum Beispiel nach einem Schlaganfall oder bei Demenzerkrankungen vorkommen. Viele Bewohnerinnen und Bewohner können daher nur pürierte Kost zu sich nehmen.

Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg, Falkertstraße 29, 70176 Stuttgart, Telefon 0711 61926-104, E-Mail katja.kubietziel@wohlfahrtswerk.de, Internet <http://www.wohlfahrtswerk.de>

Waltrop spart Geld durch Ausgeben

Wohnungslosigkeit durch Mietschulden oder Wohnungsräumungen droht auch Waltroper Bürgern. Aber im letz-

ten Jahr verlor trotzdem nicht einen sein Dach über dem Kopf oder musste in eine Notunterkunft angewiesen werden. Diese Erfolgsbilanz konnten Ulrich Schauff von der Stadt Waltrop und Susanne Seewald von der Caritas leitenden Mitarbeitern des Diözesan-caritasverbandes Münster präsentieren. Sie besuchten im Rahmen der einwöchigen Regionenreise 2012 durch den Kreis Recklinghausen den Caritasverband Waltrop, um sich sowohl über die Arbeit gegen Wohnungslosigkeit als auch über die Schuldner- und Insolvenzberatung zu informieren. Die Stadt Waltrop finanziert trotz hoher Verschuldung seit 15 Jahren die Fachstelle für Wohnungssicherung und hat sich im letzten Jahr zur Fortführung entschlossen. Das hilft in erster Linie den betroffenen Menschen, machten Schauff und Seewald deutlich, aber diese Geldausgabe spart auch: Notunterkünfte und Obdachlosigkeit würden fünf bis sieben Mal mehr Kosten verursachen.

Caritasverband für die Diözese Münster, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 48149 Münster, Telefon 0251 8901-215, E-Mail presse@caritas-muenster.de, Internet <http://www.caritas-muenster.de>

»Parallelbericht«-Allianz gegründet

In Berlin wurde ein Bündnis von Nichtregierungsorganisationen, die »BRK-Allianz«, gegründet. Diese Allianz hat sich zum Ziel gesetzt, den ersten Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) durch einen »Parallelbericht« kritisch zu kommentieren. Der Staatenbericht erwecke den Eindruck, dass es in Deutschland keinen Umsetzungsbedarf zur Konvention gibt und dass für behinderte Menschen alles zum Besten geregelt sei. In der Allianz haben sich insgesamt 74 Organisationen zusammengeschlossen, die das gesamte Spektrum der behindertenpolitisch arbeitenden Verbände in Deutschland repräsentieren. Zur Koordinierung des Berichts wurde eine siebenköpfige Arbeitsgruppe berufen.

Internet <http://www.brk-allianz.de>

Kennzahlen

»Alles entspricht der Zahl.«

Pythagoras von Samos, griechischer Philosoph
(um 570 v. Chr.–nach 510 v. Chr.)

158.426

Zahl der in Deutschland zugelassenen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (Stand 1. Januar 2012)

81,6

Gewicht in Kilogramm der Lebensmittel, die jeder Bundesbürger durchschnittlich im Jahr wegwirft (wovon 47 Prozent nach einer Studie der Universität Stuttgart ohne Einschränkungen noch genießbar wären)

43.185

Zahl der Personen in Deutschland mit einer Asylberechtigung (Stand: 31. Dezember 2011)

116,93

Durchschnittliche Kosten (mit Baukosten) je Hafttag in Euro im Justizvollzug in Berlin (2010)

208,66

Durchschnittliche monatliche Bruttomiete in Euro eines Wohnplatzes in einer Studentenwohnanlage in Deutschland

3.854

Durchschnittliche Fallkosten in Euro für einen Krankenhausaufenthalt in Deutschland im Jahre 2010

46,5

Durchschnittliches Todesalter in Jahren von wohnungslosen Menschen in Deutschland

518.678

Zahl der jungen Menschen, die im Jahre 2010 in Deutschland erzieherische Hilfen erhalten haben (§ 27 bis 35 SGB VIII)